

Volksabstimmung vom 26.9.2010 – Nein zur AVIG-Revision

Junge Erwerbslose nicht bestrafen, sondern aus-und weiterbilden

Nationalrat Mario Fehr, Präsident KV Schweiz

Der **KV Schweiz lehnt** den **massiven Leistungsabbau** in der Arbeitslosenversicherung **klar ab**. Die für den Anspruch auf Taggelder nötige Beitragsdauer wird stark erhöht – die Dauer, wie lange Leistungen bezogen werden können, zum Teil drastisch reduziert. Die neu benötigten längeren Beitragszeiten setzen für Arbeitslose viel zu hohe Hürden, um erneut einen stabilen Versicherungsschutz aufzubauen. **Für Schul- und Studienabsolventen** entstehen **grosse Sicherungslücken**, da sie nach einer Wartezeit von 6 Monaten nur noch Anspruch auf 90 Taggelder haben. Und von den **20 bis 30-jährigen Erwerbstätigen** fordern **Wirtschaft und Gesellschaft** zwar jederzeit **höchste berufliche Qualifikationen und Eigenanstrengungen**, plötzlich soll aber bei all diejenigen, die kein Unterstützungspflichten haben, das **Kriterium „Zumutbarkeit“** bei Arbeitslosigkeit – die jede und jeden treffen kann – **keine Rolle** mehr spielen. Und für die unter 25-Jährigen aus dieser Gruppe wird die Taggelderdauer grundsätzlich gekürzt.

Die Botschaft für die Jungen ist klar: Erworbene berufliche Qualifikationen zählen wenig. Das Parlament nimmt in Kauf, dass berufliches und persönliches Know-how rasch verloren geht. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten soll für Arbeitslose unter 30 jede Stelle zumutbar sein. Der arbeitslos gewordenen 29-jährigen Betriebswirtschafterin wird eine Arbeit als Kassiererin in einem Einkaufszentrum zugemutet, dem Detailhandelsfachmann, der nach der Lehre keine Stelle findet, eine solche als Hilfsarbeiter in einem Baugeschäft. Die junge Fachfrau wird so die weitere Qualifizierung im angestammten Berufsfeld nicht erreichen können. Und der Berufseinsteiger kann erst gar nicht Fuss fassen in seinem Beruf.

Das alles haben junge Arbeitslose nicht verdient. Sie brauchen stattdessen zusätzliche Investitionen bei der Aus- und Weiterbildung. Zum Beispiel Bildungsgutscheine, damit sie sich fit machen können für den Arbeitsmarkt. Oder eine Erweiterung der Einarbeitungszuschüsse, damit ihr Anschluss an die Praxis erleichtert wird. Ausbaufähig ist auch das Instrument der Praxisfirmen. Wir müssen junge – und ältere – Menschen fördern, nicht bestrafen. Damit ist uns allen am besten gedient.

Die Vorlage ist ungerecht, ökonomisch nicht zielführend und jugend- und bildungspolitisch verfehlt.